

Polen die ganze Diktatur zu belassen, wie es ihnen die Desterreicher versprochen haben. Was Wilna anbelangt, so wird es in Litauen immer ein Fremdkörper bleiben. Die Rückgabe Wilnas an Rußland hätte das negative Resultat, daß die russische Grenze sich uns wiederum in bedrohlicher Weise nähern würde.

Ludendorff erwiderte: „Hinsichtlich der polnischen Frage mache ich den Gesichtspunkt geltend, daß ihre Lösung unbedingt vor dem Beginn der Verhandlungen im Westen erfolgt sein muß. Ich kann daher meine Uebereinstimmung zur Lösung Warschau-Wilna geben unter der Bedingung sicherer Garantien dafür, daß uns ein in diesem Falle unbedingt erforderliches enges Bündnis zwischen Polen und Deutschland gesichert, und daß unser Transport durch Polen nach der Ukraine nicht erschwert wird (ein Bündnis auf der Grundlage von Verträgen über das Militär-, Post-, Telegraphen- und Wirtschaftswesen, die Polesischer Ebene mit dem notwendigen klaren Vorland muß unter deutscher Herrschaft stehen, Befreiung der Transitwaren vom Zoll und Uebnahme eines Teils unserer Kriegsschulden durch Polen). Für die Entwicklung und das Aufblühen Litauens kann die Loslösung einiger polnischer Gebiete von keiner großen Bedeutung sein. Freilich hat der Reichsrat in seiner Antwort auf die Erklärung des Landrats am 2. Dezember 1917 Wilna den Litauern versprochen. Litauen wurde in dieser Antwort als selbständiger und unabhängiger Staat „auf der Grundlage der gegebenen Erklärungen“ anerkannt, d. h. mit der Hauptstadt Wilna. Aber wenn wir die Stimmung des Landrats in der letzten Zeit in Betracht ziehen, so könnten wir uns dieses Versprechens auf dem Wege eines Kompromisses entledigen. In jedem Falle würde „Klein-Litauen“ als selbständiger Staat existieren, aber nur unter der Bedingung einer Personalunion mit dem Deutschen Reich oder noch besser mit Preußen. In Litauen wäre dann ein Aufbruch zu erwarten. Aber dagegen muß man gleichzeitig militärische Maßnahmen ergreifen, ehe der neue politische Kurs zur Kenntnis der Bevölkerung gelangt. Die von Grafen Konikow vorgeschlagene Volksabstimmung würde ich als ungünstig betrachten. Sie könnte den Polen die Möglichkeit eröffnen, auf diesem Wege auch andere beliebige polnische Gebiete zu fordern. Außerdem betrachte ich es als unumgänglich notwendig, ähnlichen Forderungen Widerstand entgegenzusetzen, denn ich sehe darin eine große Gefahr, daß diesen Präzedenzfällen Forderungen auf andere polnische Gebiete folgen können. Dann müßte man im Verein mit einem Vertrage die klare und unzweideutige Erklärung Polens fordern, daß es auf jeden Anspruch auf Litauen verzichtet und sich jeder polnischen Agitation in Deutschland und Litauen enthalten wird. Ich sende Gw. Czajkowski eine Karte mit den darin eingetragenen Grenzlinien, die der Lösung Warschau-Wilna entsprechen. Ich rechne damit, daß wir beim Beginn eines eventuellen Angriffes in Groß-Litauen keinen sicheren Waffenplatz haben, und wir müssen, vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet, unbedingt als Brückenkopf die Gebiete Ostrowo-Lomża-Dobrowie bekommen, was meiner Ansicht nach nicht schwer sein wird. Ich würde mit Freuden eine Uebereinstimmung in der Frage einer ukrainisch-polnischen Grenze begrüßen, die Gw. Czajkowski zu erlangen hoffen. Ich lege Gw. Czajkowski das Projekt der Grenzlinie, vom militärischen Gesichtspunkt aus ausgearbeitet, vor, um als interessierte Instanz Ihr Urteil darüber abzugeben. Ich bitte Gw. Czajkowski, möglichst bereit die Grenzposten zu verteidigen, die von militärischer Seite benötigt werden, beispielsweise so, daß die Grenzlinie Wilno-Pura-Rawa-Rawka erreicht, und — wenn Gw. Czajkowski sich nicht durch ein Versprechen bezüglich Polens Desterreich gegenüber gebunden haben — die Grenze auf der Grundlage des Memorandum vom 5. Juli 1917 festzusetzen, was mir als das Minimum der militärischen Forderungen erscheint. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle einer austro-polnischen Lösung Polen keine gemeinsame Grenze mit Rußland bekommen kann, sondern durch das litauische Territorium getrennt von Rußland sein muß.“

Ich rede nicht von der Wegführung unserer Maschinen, von der Beschlagung unserer Industrie. Ein hoher Beamter erklärte unseren Industriellen lächelnd: „M. S. Was brauchen Sie eine Industrie, Sie können es ja von uns billig haben!“ In Chemnitz allein hat die Kriegswaffenfabrikation für 3 Millionen Teppiche und andere Waren aus Polen verkauft. 700 000 arme polnische Leute hat man nach Deutschland geführt, wo sie das Leben entredeter Sklaven geführt haben. Pilsudski, dem die polnische Nation heute das Kriegsministerium anvertraut, ist trotz aller Gelüste noch auf der Festung Magdeburg. Für alle diese Verfolgungen klagen wir nicht das deutsche Volk an, sondern den deutschen Militarismus. Undankbar sind nur die Machtbesitzer gegenüber dem polnischen Volk, das allein die Fortführung des Krieges Deutschland solange ermöglicht hat. Für die Moral, die für ein von den Russen niedergebrenntes Dorf 40 polnische oder litauische niederbrennen wollte, die sich darüber freute, daß Lohz hungernde, haben wir kein Verständnis. Uba. Ledebour hat die Sprache als Kennzeichen der Nationalität angesehen. Man, wir haben doch hier gesehen, daß die Elsaß-Lothringer, trotzdem sie Deutsche sind, die Selbstbestimmung verlangen, weil sie sich immerlich als Franzosen fühlen. Deutsche und Polen sind aufeinander angewiesen, wir streben dem deutschen Volke die Hand zur Veröhnung und zum gemeinsamen Wohle hin.

Hbg. Schultz-Bromberg (Dt. Fr.):

Die Abtretung deutscher Gebiete wird hier im deutschen Reichstage mit einer Selbstverständlichkeit verlangt, die die Angehörigen der Ostmark nicht verstehen. Besonders für Korsantij ist, daß er die ungewisse deutsche Stadt Danzig für sich in Anspruch nimmt. Aber auch Mitglieder von Parteien, von denen wir häufig genug Loyalitätserklärungen gehört haben, halten jetzt, mit dem elbischen Redner zu sprechen, diese Erklärungen durch den Gang der Ereignisse für überholt und streben offen fort von deutschen Reich. Als Angehöriger der Ostmark muß ich im Namen aller Deutschen dort ohne Unterscheidung klammernden Protest einlegen gegen den Versuch, auch nur ein Stück dieser Landesstelle vom Deutschen Reich abzutrennen. Unsere Erklärungen und Maßnahmen wurden von den maßgebenden Stellen des Reichs immer in den Wind geschlagen. Durch die Zwelkaiserproklamation wurde den Polen in den Sattel geholfen. Auf das Programm Wilsons können wir ruhig eingehen. Es gibt keinen ungewissen polnischen Gebieteanteil innerhalb unseres Reichs. Wir im Osten sind Deutsche und wollen deutsch bleiben. (Beifall rechts.)

Der Gesandtschaft für Elsaß-Lothringen, wonach auch in Elsaß-Lothringen parlamentarischer Staatssekretäre werden können, ohne ihr Mandat zu verlieren, wird mit der Aussprache ver-

ihre Zukunft in den Schoß geworfen hat. (Zustimmung d. d. Mehrheit.) Wir haben es erklämpft mit unserem Blute. Das müssen die Polen selbst zugeben. Sie sollten uns nicht vorhalten, was Ludendorff gefordert hat. Er hat die Sache immer nur vom militärischen Standpunkt angesehen, von dem sich das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit losgesagt hat. Wir stehen auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Aber das heißt natürlich nicht, daß nun jedes einzelne Dorf über sein Schicksal entscheiden kann. Gewisse staatliche Notwendigkeiten müssen beachtet werden. Gehen Sie doch einmal von der deutschen Ostmark hinüber nach Rußisch-Polen und sehen Sie sich dort den Schmutz und die Verlotterung an. Gewiß hatten Sie viel zu klagen über preussische Drangsalierung. Aber die Polen können nicht leugnen, daß sie unter der preussischen Verwaltung sich wirtschaftlich kräftig entwickelt haben. (Sehr richtig! d. d. Mehrheit!) Sie müssen auch nicht mit dem Einwand kommen, daß auf dem russischen Polen der Druß des Jarmosch gelastet hat. In Galizien unter einer rein polnischen Verwaltung liegen die Verhältnisse fast noch schlimmer als in Rußisch-Polen. (Hört, hört! d. d. Mehrheit.) Deshalb sollten die Polen mit einer gewissen Dankbarkeit denken, was das deutsche Wesen ihnen gebracht hat. Wir aber müssen ihnen das Haus wohnlich machen, ihnen die Kulturautonomie zugehen und jede geistige Bedrückung von ihnen nehmen. Wir haben stets auf diesem Standpunkt gestanden. Wenn aber die Herren Korsantij und Stügel sich auf die außerordentliche Toleranz der Polen gegenüber berufen, so ist es gewiß richtig, daß einige große Männer unter den Polen wirklich tolerant gewesen sind, aber im ganzen ist der polnische Staat stets ein Eroberungsstaat gewesen, gerade in den Zeiten, wo das Polenreich vom Schwarzem Meer bis zur Ostsee reichte. Gemäß ist das polnische Volk einmal ein Hort der Freiheit für die Juden gewesen, als eine unseltsame Verblendung während der Kreuzzüge die Juden in den anderen Ländern verfolgte. Wer ist das denn immer so glücklich? Die Rechte der Juden in Polen sind seitdem ständig gekürzt worden, noch bis in die letzten Tage hinein. In Polen gibt es noch immer Judenprogrome, und in dem polnischen Galizien ist das Elend der Juden am schlimmsten. Für jeden Juden in der deutschen Ostmark ist es der fürchterlichste Gedanke, wieder zu Polen zu kommen. (Sehr richtig! d. d. Mehrheit.) Wenn Polen einen freien Zugang zum Meer haben will, steht ihm der Weg über Litauen offen, den es früher so hatte. Litauen ist ohnehin ein so kleines Staatswesen, daß es sich selbstständig nicht wird behaupten können. Mögen die Polen sich um einen föderativen Anschluß Litauens bemühen. Aber sie glauben, daß sie jetzt, wo Deutschland ohnmächtig ist, auch ihre ausweichendsten Eroberungspläne verwirklichen können. Wir wollen den Völkern und den Frieden. Aber mit einer Vergewaltigung Deutschlands ist ein dauernder Völkerverbund eine Urmöglichkeit. Würden die Wilsonschen Forderungen so ausgeführt, so würde Wilna sein eigenes Kind tötlich schlagen. (Sehr richtig! d. d. Mehrheit.) Ein Völkerverbund für die Dauer läßt sich nur verwirklichen, wenn man die Wünsche und Interessen aller Völker miteinander in Einklang bringt.

Der Hbg. Kretsch hat die Heeresleitung gestern in Schutz genommen. Sie habe sofort, als sie erkannte, daß kein Sieg mehr möglich sei, die Anordnung zu dem Friedensschritt gegeben. Viele Feststellungen von konservativer Seite ist erfreulich, und kein Mensch hat deshalb Ludendorff einen Vorwurf gemacht. Der Vorwurf geht vielmehr dahin, daß dieser Schritt zu spät erfolgt ist, erst in dem Augenblick, wo es nicht mehr möglich war, zu einem guten Frieden zu kommen. (Sehr richtig! d. d. Mehrheit.) Wenn man aber die Verantwortung dafür der jetzigen Regierung zuschiebt, so ist das unerschöpflich. (Sehr richtig! d. d. Mehrheit.) Die Deutsche Tageszeitung bringt es am 13. Oktober fertig zu sagen, die jetzige Regierung werde sich als eine Regierung der Verkleinerung des Reichs erweisen. Das ist der Gipfel von Jynismus und Verlogenheit, das ist das Tollste, was ich je erlebt habe. (Sehr richtig! d. d. Mehrheit.) Die Leute, die allein die Schuld daran haben, daß wir in diese Lage gekommen sind, die alles getan haben, um einen brauchbaren Frieden zu verhindern, als er zu haben war, hätten alle Beronklaffung, solche Inanien zu unterlassen, zumal sie wissen, wie die Verhältnisse liegen. Diese Leute müßten jetzt an ihre Brust schlagen und sagen: Gott sei mir Silber gnädig für das, was ich am deutschen Volke verbrochen habe. Diese Leute sollten, da sie mit ihrer solchen Politik uns bis hierher gebracht haben, anstatt patriotische Reden zu halten, aufzutreten und bekennen: mea culpa, mea maxima culpa! (Beifall rechts d. d. Mehrheit, Umf.)

Staatssekretär Crimborn:

Sollte der vom Hbg. Korsantij vorgetragene Fall des Verbots der Weiterverbreitung der Reichstagsrede des Hbg. Stügel in Polen durch das stellvertretende Generalkommando in Polen richtig sein, so muß das natürlich mißbilligt werden. Denselben werden die notwendigen Schritte geschehen.

Hbg. Schlee (nass.):

Es ist nicht wahr, daß wir durch unsere Politik die feindselige Stimmung der Polen verschärft haben. Wir haben früher in den vierziger Jahren eine durchaus polenfreundliche Politik betrieben. Alle höheren Beamtenposten waren mit Polen besetzt. Aber alles hat nichts genutzt. Man kann die Polen so gut behandeln, wie man will und ihnen Rechte geben, soweit man will, sie werden doch nie Deutsche werden. Wenn der Hbg. Korsantij gemeint hat, Wilson verlange ja die Abtretung polnischer Gebiete, so möchte ich ihm sagen: das deutsche Volk ist noch nicht so weit, daß es sich willenlos einem Wilson überläßt. Das deutsche Volk wird sich bestimmen, es bedarf nur der Führung. Wenn es von Anfang an richtig geführt worden wäre, wären wir nicht in diese Lage gekommen. Aber ich will jetzt nicht an diese Dinge rühren, sondern auffordern, eins zu sein und zusammenzustehen, um zu vermeiden, daß derartige Ansprache, wie sie von den Polen hier gestellt werden, in Erfüllung gehen. Der Hbg. Korsantij hat von Freiheit gesprochen. Aus die polnische Freiheit verzichten wir. In alten Königreich Polen hat man jede Freiheit mit Gewalt unterdrückt. Die Polen haben allen Grund, beschiden zu sein. Sie haben nichts getan für die Befreiung ihres Landes. Alle Parteien im deutschen Osten, hoch und niedrig, arm und reich, rufen den Polen zu: Wenn ihr deutsche Provinzen haben wollt, holt sie euch, ihr werdet blutige Köpfe bekommen. (Stimm. Beifall rechts u. d. d. Nationalvereine. Handclatschen a. d. Tribünen.)

gefehten Militärmacht darüber klar sein müssen, daß ihre Politik an diesem Widerstand scheitern kann. Sie kann es sich nicht gefallen lassen, daß hinter ihrem Rücken in Pressekonferenzen eine Politik getrieben wird, die ihrer Politik zuwiderläuft. Dieser Brief wendet sich auch direkt an die Krone. „Wenn die Krone sich dazu bringen läßt, sich gemäß den Anregungen Wilsons zu entmachten — durch Rücktritt oder Preisgabe jeden Einflusses — dann“ so erklärt der konservative Ruf. „Sollen Herr und Volk losgehen.“ Wenn die Krone zurücktritt (Hbg. Bernstein (U. Soz.): Aber schließlich — Der Präsident ruft den Abgeordneten zur Ordnung), so zieht sie nur das Ergebnis ihrer Wählerigen Tätigkeit, die Deutschland so geschadet hat. Das Ausland sieht den Kaiser nach diesen Reden als den Protektor der Kriegspartei an, es sieht auch die deutsche Kriegführung als die allerbrutalste an, und es kann sich dafür leider auf die Hannoverrede des Kaisers bei der Ostasienexpedition berufen. Den abheulenden Schreien, den den deutschen Truppen in diesem Kriege angehängt worden ist, den der Hunnen, verdanken die deutschen Truppen dem Deutschen Kaiser. Das Dürgerium hat aus Furcht vor der Sozialdemokratie den Militarismus und das persönliche Regiment gehätselt. In dieser historischen Situation ist kein Ausweichen mehr vor der Frage: Krieg mit den Hohenzollern oder Friede ohne die Hohenzollern! (Unruhe rechts.)

Wollen die Sozialisten der Regierungsmehrheit vergessen, wie der Kaiser sie behandelt hat und wieviel Jahrhunderte Gefängnis über unsere Freunde verhängt wurden, als die Justiz dem persönlichen Regiment dienen zu müssen glaubte? Alle Hindernisse müssen jetzt beseitigt werden, mögen sie auf dem Thron oder in den Stuben der Obersten Heeresleitung oder sonstwo liegen. (Unruhe rechts.) Den guten Willen der Reichsregierung in Ehren — aber noch immer sieht Hugo Stinnes an der ihm übertragenen Organisation des U-Boot-Krieges. Nicht nur der jetzige Träger der Krone, sondern die gesamte Dynastie muß das Feld räumen. (Pfeife rechts.) Es geht um das ganze deutsche Volk, um die Kultur der ganzen Welt. Die Arbeiter und Soldaten wissen, daß der Hauptfeind im Lande steht. Darin sind die Arbeiter und Bauern international einig; sie alle werden sich der Pflicht bewußt zur Weltrevolution gegen den internationalen Kapitalismus und Imperialismus. (Beifall d. d. U. Soz., Pfeife rechts, vereinzeltes Händeklatschen auf den Tribünen. hinauf: Raus! — Hbg. Ledebour: Vorhin waren Sie mit der Tribüne sehr zufrieden! — Unhaltender Lärm.)

Hbg. Rühle (Kommunist):

Wir sind gegen jeden bürgerlichen Verständigungsfrieden. In der Welt des Kapitalismus gibt es keine Verständigung. Das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt wird der Bourgeoisie die Friedensbedingungen diktieren. Wir lehnen auch die sogenannte Demokratisierung von Hindenburgs Gnaden ab. Das sind alles nur Scheinreformen, die den Kapitalismus vor dem Strafgericht der Völker in Sicherheit bringen. Das Volk will die Republik auf sozialistischer Grundlage und verlangt die Abdankung des Kaisers als des Urhebers dieses Weltkrieges. (Große Unruhe rechts.)

Präsident Fehrenbach: Sie haben der Forderung nach der Abdankung des Kaisers eine innerlich unwahre und jeder Ehrerbietung gegenüber dem Monarchen widersprechende Begründung gegeben. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. Hbg. Rühle (Kommunist) fortfahrend: Dieser Ordnungsruf wird ihn vor dem Strafgericht nicht retten. (Präsident Fehrenbach: Ich verbitte mir jede Bemerkung und rufe Sie nochmals zur Ordnung.) Wir lehnen auch den Wilsonschen Staatenbund ab. (Lachen.) Wir wollen die Verbrüderung aller Völker zu einem dauernden Friedens- und Kulturbund im Zeichen des siegreichen Sozialismus. Ich rufe die deutsche Arbeiterschaft auf, sich diesen Sozialismus zu erkämpfen mit der Waffe der Revolution. Die Zeit hierzu ist gekommen. (Pfeife, Lärm. Präsident Fehrenbach: Die Aufforderung zur Revolution ist unzulässig. Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung.)

Die allgemeine Aussprache schließt. Die Verfassungsvorlagen werden in dritter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die Beratung der Vorlage, die den Eintritt von Parlamentariern in die Elsaß-Lothringische Regierung ermöglichen soll, ohne daß sie das Mandat verlieren sollen.

Hbg. Haegy (Eh.):

Ueber die Stimmung in Elsaß-Lothringen sollten sich die nicht wundern, die uns fortgesetzt preussische Beamte als Herren noch den Reichsländern geschick haben. Der verlassene Statthalter war vorher preussischer Minister und wurde als „handfester Mann“ zu uns geschickt. Er hätte die Pflicht gehabt, die Bevölkerung gegen militärische Uebergriffe in Schutz zu nehmen. Er hat selbst gesagt, daß er in dieser Hinsicht gar nichts zu tun gehabt habe, er hat sich eben alles vom Militär aus der Hand nehmen lassen. Kein Elsaß-Lothringer hat für ihn ein Gefühl der Dankbarkeit übrig, noch weniger für den verlassenen Staatssekretär, der es als seine Aufgabe betrachtet hat, aus Elsaß-Lothringen eine preussische Provinz zu machen. So wird seit 45 Jahren in Elsaß-Lothringen regiert.

Jetzt hat sich die Regierung auf den Boden der Wilsonschen Forderungen gestellt. Diese Forderungen sind kein bloßes Stück Papier, hinter ihrer Verwirklichung steht die Kriegsmacht der ganzen Welt. Selbst wenn die Lage günstiger wäre, als sie ist, müßten wir jetzt diesen Zustand als gegeben hinnehmen. Man kann Herrn Gothein nachfühlen, daß ihm Tränen über die Wangen rollten, denn so etwas tut weh, zumal wenn man sich selbst ohne Schuld weiß. (Lachen rechts.) Sie haben den Ernst der Stunde noch immer nicht erkannt. Elsaß-Lothringen ist tatsächlich als Glacis des Reichs behandelt worden und seine Bevölkerung mußte viel leiden. Die Verärgerung ist zur Verbitterung geworden und hat sich schließlich zum Sturm erhoben. Unser Schicksal liegt nun in der souveränen Hand des Friedenskongresses. Den Reformen stimmen wir zu, nur scheinen sie uns durch die großen politischen Ereignisse des Augenblicks überholt.

Die Vorlage über Elsaß-Lothringen wird angenommen. Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr: Weitere Verfassungsänderungen.

Schluß 1/7 Uhr.